

# Projekt Teilhabeplan für die Stadt Brandenburg an der Havel

## **AG 1 Barrierefreiheit – Mobilität – Wohnen - Wohnumfeld**

### **Protokoll der Sitzung vom 11.05.2015**

**Beginn:** 18 Uhr      **Ende:** gegen 20 Uhr

#### **Teilnehmerinnen und Teilnehmer:**

Werner Jumpertz (1. Vorsitzender)

Herbert Liebenow (2.Vorsitzender)

Detlef Reckow (Stellvertreter)

Axel Brösicke

Stephan Falk

Dennis Harms

Michael Heise

Axel Hufenreuter

Silvana Jasiulek

Norbert Meyne

Rolf Nothnagel

Gabriela Philipp-Plagemann

Maik Poller

#### **Gäste:**

Karin Kuntke

Herr König (Gebärdensprachdolmetscher)

Matthias Pietschmann

#### **TOP 1: Eröffnung der Sitzung**

Herr Jumpertz begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er entschuldigt Herrn Horst-Müchler, der leider beruflich verhindert ist. Herr Nothnagel verspätet sich etwas, da er noch zu einem Unfall gerufen wurde.

Es entsteht eine kurze Debatte zur Frage, inwieweit der geplante TOP 3 bearbeitet werden kann und ob nicht statt auf die Barcelona- Erklärung auf die UN- Behindertenrechtskonvention abgestellt werden müsse? Im Ergebnis verständigen sich die Anwesenden auf eine Vertagung.

#### **TOP 2: Protokollkontrolle**

Herr Reckow bittet die Tatsache zu entschuldigen, dass er aus terminlichen Gründen das Protokoll der letzten Sitzung noch nicht erstellen konnte.

### **TOP 3: Vortrag zur Barcelona- Erklärung** entfällt

### **TOP 4: Datenerhebung und Fragebogenaktion bzw. Befragung**

Nachdem sich die Arbeitsgruppe in den letzten Sitzungen mit wesentlichen Akteuren, Wohnungsunternehmen und Verkehrsbetrieben, beschäftigt hat, befasst sich die AG wieder mit der bereits zu Beginn ihrer Arbeit aufgeworfenen Frage nach der für die weitere Arbeit bestehenden Datengrundlage und der als notwendig erachteten Befragungsaktion.

Herr Reckow hat hierzu unter Auswertung dreier Veröffentlichungen im Internet (Teilhabeplan Rosenheim, Hennigsdorf und Herzogtum Lauenburg) eine kleine Ideensammlung zusammengestellt, die er erläutert und die als Raster für die weitere Diskussion dieses Tagesordnungspunktes dient (siehe Anlage zu diesem Protokoll)

Herr Liebenow vermisst nach Behandlung von WBG und WOBRA Informationen zu anderen Wohnungsunternehmen.

Herr Meyne erinnert daran, dass die bisherige Datenbasis zu für den Wohnungsbereich wesentlichen Fragen (etwa Bedarfszahlen) gegenwertig unklar ist.

Auf die Frage nach der Form der Befragung (Expertenbefragung, Betroffenenbefragung) erklärt Herr Falk, dass man sicherlich die Expertenbefragung als qualifizierte Form der Datenerhebung brauche, ebenfalls aber eine Betroffenenbefragung. Insoweit betreibe man hier auch Marktforschung.

Herr Pietschmann sieht dabei die Frage nach der Zahl der Betroffenen als irrelevant an. Ein Betroffener reiche, um daraus die Forderung nach Barrierefreiheit abzuleiten.

Herr Meyne erklärt, dass die Wohnungsunternehmen schon konkrete Marktaussagen benötigen (bereits aus Sicht der Finanzierung).

Herr Reckow unterstützt diese Aussage und erinnert an die aufgezeigte Problematik der nicht bereinigten Datenbasis (nicht mehr vorhandene Bestandsfälle – sog. „Karteileichen“). Daraus ergeben sich erhebliche Unsicherheiten. Für unser hier etwa, ob man zur Betroffenenbefragung von 7 oder 12 Tausend Fragebögen ausgehen muss (unterschiedliche Angaben Statistisches Landesamt Berlin-Brandenburg bzw. Landesamt für Versorgung in Cottbus).

Aus Vorsichtsgründen sollte man von der Zahl 12 Tausend ausgehen. Unerlässlich ist für die Befragungsaktion auch eine Internetvariante, auf die diejenigen zugreifen können, die nicht erfasst wurden.

Auf die Frage von Herrn Reckow nach der bereits vorhandenen Datenbasis erwähnt Frau Kuntke den erstellten Sozialatlas, aus dem deutlich wurde, dass leider kaum Daten vorhanden sind.

Insgesamt sehen die Anwesenden eine Fragebogenaktion als notwendig an. Dafür müsse in den einzelnen Arbeitsgruppen Fragen aufgestellt und dann im Rahmen der Lenkungsgruppe koordiniert werden.

Diesbezüglich stellt Herr Falk die Frage, wie man die Befragten „mitnehmen solle“. Dazu müsse man vielleicht zunächst eine schlagwortartige Vision definieren, etwa die dass jeder Betroffene in der Lage sein müsse, eine ihm gerechte Wohnung zu finden.

Herr Reckow fragt, ob die Frage nach dem Geschlecht im Zusammenhang der Befragung eine Rolle spiele, ob hier also unterschieden werden müsse? Herr Pietschmann sieht hier durchaus Unterschiede in der Betroffenheit, etwa wenn es um das Wohnumfeld gehe. Hier gibt es ja mindestens die gleichen Unterschiede im Bereich der Sicherheit, wie es sie bei Nichtbehinderten gibt. Aufgrund der Behinderung zumeist noch verstärkt.

Fragen nach dem Bildungsstand, dem Schulabschluss oder nach dem verfügbaren Einkommen werden als eher nicht notwendig erachtet.

Zum Fragenkomplex nach notwendigen Hilfsmitteln oder Hilfestellungen weist Frau Jasiulek auf die besondere Problematik der psychisch Erkrankten hin, die verstärkt auf Assistenzleistungen angewiesen seien.

Unter der Fragestellung nach Info- und Orientierungssystemen vermisst Herr Liebenow etwa akustische Aufrufsignale im Bürgerservice. Herr Heise vermisst Ansagen mit Außenlautsprechern im ÖPNV. Daraufhin erläutert Herr Jumpertz, dass solche Ansagen häufig als Lärmbelästigung bemängelt würden. Er möchte aber den Wunsch nach Ansagesystemen im Fragebogen durchaus abfragen. Auch die Möglichkeit sonstiger akustischer Textausgabe.

Im Hinblick auf eine mögliche Frage nach der grundsätzlichen Zufriedenheit mit dem ÖPNV erachtet Herr Jumpertz es als besser zu fragen, was nach Einschätzung der Betroffenen konkret gut laufe und was schlechter.

Herr Reckow stellt die Frage zur Diskussion, ob der Betroffene in seiner gegenwärtigen Wohnung wohnen bleiben könne? Er sieht dies als Indikator- Frage an, ob wir jeweils akute Probleme im Bereich des Wohnens haben.

Herr Meyne erklärt dazu, dass der Wohnbedarf Behinderter gegenwärtig immer gewährleistet werden könne, soweit die Bereitschaft der Betroffenen zum Umzug bestehe. Dann können auch angesichts der in den letzten Sitzungen aufgezeigten Rahmenbedingungen immer Lösungen gefunden werden. Ggf. auch in Neubauobjekten.

Herr Reckow stellt diesbezüglich ergänzend die Frage, ob diese Lösungen dann aber auch ohne Wechsel des sozialen Umfeldes gefunden werden könnten (also etwa im gleichen Kiez)?

Dazu erläutert Herr Falk, dass die WOBRA bestimmte Bedarfe gegenwärtig nur im Bereich des Veilchenweges abdecken könne.

Herr Heise weist in diesem Zusammenhang auf die bestehende Problematik notwendiger Zuzahlungen zu den erhöhten Wohnkosten hin.

#### **TOP 5: Fundgrube**

entfällt

#### **TOP 6: Terminabsprache**

Die Anwesenden können sich noch nicht abschließend auf einen neuen Termin verständigen. Möglich sind der 08. Oder 22.06.2015.

#### **TOP 7: Sonstiges**

entfällt

#### **TOP 8: Schluss der Sitzung**

Herr Jumpertz bedankt sich für die erneut rege Diskussion und schließt die Sitzung gegen 20 Uhr.

Brandenburg an der Havel, 24.06.2015

Protokollant:

Detlef Reckow

#### **Anlage:**

Ideensammlung für eine Fragebogenaktion/ Befragung/ Datenerhebung